

ECG-widrige Website

OGH 18.8.2004, 4 Ob 151/04s

Sowohl Kläger wie Beklagter bieten das Versenden von E-Cards über Webseiten an. Auf der Seite des Beklagten können Nutzer für sie kostenlos (Firmen zahlen ev. für damit verbundene Werbung; Sachverhalt ungeklärt) E-Cards verschicken. Die Website enthält als Angaben Namen und Postanschrift des Betreibers, sowie deren E-Mail Adressen.

Klagebegehren: EV auf Unterlassung mangelhafter Angaben nach ECG (Telefon-/Faxnummer, Kammer, Berufsverband, Hinweis auf gewerberechtliche Vorschriften, UID)

ECG Ausschnitt:

§ 3. Im Sinne dieses Bundesgesetzes bedeuten:

1. Dienst der Informationsgesellschaft: ein in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz auf individuellen Abruf des Empfängers bereitgestellter Dienst (§ 1 Abs. 1 Z 2 Notifikationsgesetz 1999), insbesondere der Online-Vertrieb von Waren und Dienstleistungen, Online-Informationsangebote, die Online-Werbung, elektronische Suchmaschinen und Datenabfragemöglichkeiten sowie Dienste, die Informationen über ein elektronisches Netz übermitteln, die den Zugang zu einem solchen vermitteln oder die Informationen eines Nutzers speichern;
2. Diensteanbieter: eine natürliche oder juristische Person oder sonstige rechtsfähige Einrichtung, die einen Dienst der Informationsgesellschaft bereitstellt;

...

§ 5. (1) Ein Diensteanbieter hat den Nutzern ständig zumindest folgende Informationen leicht und unmittelbar zugänglich zur Verfügung zu stellen:

1. seinen Namen oder seine Firma;

...

Proxy-Berichtigung

Beschluss OGH 25.2.2004, 3 Ob 261/03h

Auf den Webseiten des Klägers befanden sich beleidigende Äußerungen über die Beklagte. Daraufhin wurde eine Einstweilige Verfügung (EV) erlassen, welche es verbot, diese Inhalte weiter zu verbreiten. Diese Verfügung ist mit Strafe bewehrt. Da der Verfügung angeblich nicht nachgekommen wurde, führte die Beklagte Exekution gegen den Kläger aus dem Titel der Verletzung der EV. Der Kläger beantragt nun, diese Exekution für unzulässig festzustellen.

Der Fall basiert auf § 1330 ABGB (Ehrenbeleidigung: Schadenersatz, Widerruf, Veröffentlichung; Nach Judikatur auch Unterlassung möglich) und hat keine Verbindung zum UWG (in dem es auch Beseitigungsansprüche gibt).

Als Ablauf konnte festgestellt werden:

- 17. Mai: Erlass der EV
- 22. Mai: Änderungen der Webseite durch Entfernung der beleidigenden Äußerungen
- 23., 24. Mai: Die Texte mit beleidigendem Inhalt sind auf dem Computer des Beklagtenvertreters weiter abrufbar
- 25.-29. Mai: Die Texte mit beleidigendem Inhalt sind auf dem Computer des Beklagtenvertreters weiter abrufbar
- 28. Mai Beschluss zur Unterlassungsexekution wegen Verletzung am 23. und 24. Mai
- 29. Mai und 2*3. Juni: Beschluss zur Unterlassungsexekution wegen Verletzung zwischen 25. und 29. Mai

- 7. Juni (Freitag): Der Dateiname der Webseite wird vom Kläger geändert
- 10. Juni (Montag): Die Texte mit beleidigendem Inhalt sind auf dem Computer des Beklagtenvertreters **nicht mehr** abrufbar (8., 9. Juni: Keine Überprüfung)

Grund für dieses Verhalten war, dass in der Kanzlei des Beklagtenvertreters ein Proxy (genauer gesagt: der interne Browser-Cache) verwendet wurde, welcher die (alte) Seite weiterhin gespeichert hatte. Erst durch die Änderung des Dateinamens erfolgte ein neuer Zugriff auf die Seite, sodass die Änderung sichtbar wurde. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil aller Internet-Benutzer (bewusst oder unbewusst) Proxies verwenden (wenn auch üblicherweise in anderer Konfiguration!).

Klagebegehren: Feststellung der Unzulässigkeit der Exekution

Meteodata

Beschluss OGH 17.12.2002, 4 Ob 248/02b

Die Klägerin betreibt ein Dienstleistungsunternehmen zur Erstellung von Wetterkarten, -prognosen, -analysen und -gutachten. Sie bietet auch eine direkte Einstellung von Wetterprognosen gewünschter Länder/Regionen auf die Website von Kunden gegen Entgelt an. Sie bietet bestimmte Informationen (alle europäischen Ländern und größere Städte) auch auf ihrer eigenen Website an. Direkt darunter wird jeweils durch einen Copyright-Vermerk auf die Klägerin hingewiesen (welcher auch als Homepage-Link ausgestaltet ist): "Quelle: c METEO-data". Dabei werden jeweils auch verschiedene Werbebanner angezeigt.

Die Beklagte ist ein Bauunternehmen, welche eine Website mit Frames unterhält. Das Top-Frame enthält ein Werbebanner, während darunter (auf konkrete Anforderung hin) das Bauwetter eines bestimmten Bundeslandes hin erscheint. Hierbei wird die Webseite der Klägerin samt Copyrightvermerk in dieses Subframe eingebunden. Da es sich um einen Frame handelt, ist jedoch der Domainnamen (meteodata.com) nicht im Browser sichtbar.

Zwischen Klägerin und Beklagter besteht kein Vertragsverhältnis. Auf eine rückwirkende Lizenzforderung hin wurde das Wetter entfernt, aber die Zahlung abgelehnt.

Die Klägerin führt aus: Durch die Verlinkung entstehe ein Ad-hoc-Wettbewerbsverhältnis und eine Absatzbehinderung. Weiters liege eine Übernahme fremder Leistungen vor, indem sie sich sittenwidrig ein fremdes Arbeitsergebnis nutzbar mache. Hierdurch wird das Internetangebot der Klägerin entwertet, der dadurch Werbeeinnahmen entgehen. Weiters handelt es sich bei den Wetterkarten um urheberrechtlich geschützte Werke, weshalb die Beklagte, ev. nur als Gehilfin, Vervielfältigungs- und Veröffentlichungsrechte verletze.

Klagebegehren: EV auf Unterlassung, Urteilsveröffentlichung und Schadenersatz nach UWG und Urheberrechtsgesetz

Ehrenbeleidigungen im Gästebuch

Beschluss OGH 21.12.2006, 6 Ob 178/04a

Im Gästebuch der Website des Beklagten, einer Tourismusgesellschaft, wurden Ehrenbeleidigungen über den Kläger gepostet, welche dieser erst auf Aufforderung durch den Kläger löschte: Das Posting erfolgte am 26.2.2004, ein Fax an den Beklagten hinsichtlich der Löschung ging am 5.3.2004 ein (mit Frist von 2 Stunden!). Am selben Tag erfolgte noch ein weiteres Fax wegen Postings, welche sich auf das erste bezogen, ab den beleidigenden Inhalt selbst nicht enthielten. Diese wurden erst spätestens am 18.3.2004 gelöscht, nachdem am 11.3.2004 die Klage eingebracht worden war. Auf der Website befindet sich auch ein Disclaimer, der eine Distanzierung beinhaltet und darauf hinweist, dass bestimmte Inhalte

ohne Kommentar gelöscht werden können. Eine Prüfpflicht für die Zukunft (Vorabprüfung vor Veröffentlichung von Beiträgen) wird vom Beklagten abgelehnt.

Klagebegehren: EV und Urteil auf Unterlassung der Veröffentlichung bzw. Zulassung von Äußerungen ehrenbeleidigenden Inhalts

Megasex.at

Urteil OGH 6.7.2004, 4 Ob 66/04s

Die Klägerin bietet Telefon-Mehrwertnummern, Live-Cam-Dienstleistungen sowie Partnervermittlung im Internet an. Die Erstbeklagte betreibt einen Internetauftritt, der Telefonkontaktvermittlungen und Partnervermittlungen anbietet; die Zweitbeklagte ist ihr Hosting-Provider.

Nach Sperr-Aufforderung (wegen: keine AGBs, kein Impressum, Mehrwertnummern ohne Preisangabe, Mehrwertnummern für Callgirl-Kontakte, "gratis" für Mehrwertnummern) an die Zweitbeklagte setzte diese der Erstbeklagten eine Frist zur Überarbeitung, was nicht erfolgte. Nach (verspäteter) Überarbeitung wurden die Seiten wieder freigegeben.

Es erfolgte wieder eine Sperr-Aufforderung, wegen fehlendem Impressum und teilweise ungültiger AGB. Wieder erfolgte eine Sperre, bis die Erstbeklagte den Inhalt änderte und schriftlich versicherte, dass keine Rechtswidrigkeiten mehr vorliegen, worauf die Seite nach Überprüfung wiederum freigeschaltet wurde.

Es erfolgte wieder eine Sperr-Aufforderung, da Teile der AGB immer noch rechtswidrig seien (zu weitgehende Haftungsausschlüsse) und Telefonnummern als "gratis" beworben wurden, obwohl es sich um Mehrwertnummern handelt. Daraufhin erfolgte die Klage und später (während des Verfahrens) wurden die Seiten wieder vom Netz genommen.

Die Erstbeklagte stimmte einem Verfahrensvergleich in erster Instanz zu (Unterlassung und Kostenbeitrag); für diese wurde daher das Verfahren beendet und nur mehr hinsichtlich der Zweitbeklagten fortgeführt.

Klagebegehren: Unterlassung und Urteilsveröffentlichung
Konkret wird von der Zweitbeklagten die unverzügliche Sperrung der Webseiten verlangt

Pornotreff.at

Urteil OGH 18.11.2003, 4 Ob 219/03i

Die Klägerin ist ein Maltesisches Unternehmen mit inländischer Betriebsstätte (und Firmenbucheintragung), die über das Internet Telefondienstleistungen und Live-Cam-Darbietungen pornografischen Inhalts anbietet. Die Beklagte ist ein österreichisches Unternehmen mit gleichartigen Dienstleistungen. Sie stellt unter diversen einschlägigen Domainnamen Websites zur Verfügung, welche als "Zugangs-Domain" für die Homepage www.pornotreff.at eingerichtet sind. Auf dieser befinden sich mehrere Banner als Zugang zu weiteren pornografischen Websites, welche dann selbst über einen Dialer für Mehrwertnummern (und damit kostenpflichtig) erreichbar sind. Dieser Dialer kann von den jeweiligen Seiten gratis heruntergeladen werden (abgesehen von ev. Modemgebühren). Auf diesen (Banner) Seiten (nicht auf pornotreff.at selbst!) wird mit einem "100% anonymer GRATISZUGANG" geworben. Dies wird dann näher in kleinerer Schrift erklärt: "Gratiszugang = Highspeed-Sofortzugang, der direkte, 100% anonyme u. Diskrete Zugang zu den Lifecams und den Mädchen; Verbindung ist kostenpflichtig". Für die Banner selbst ist als ALT-Tag "GRATISZUGANG" unterlegt (ohne weitere Erklärung).

Die angegebenen Preise sind Brutto-Preise, worauf aber nicht hingewiesen wird. Vor dem eigentlichen Zugang wird nicht angegeben, welche konkreten Leistungen angefordert werden können. Hierzu muss erst eine kostenpflichtige Verbindung aufgebaut werden. Die Beklagte verwendet keine AGB. Im Impressum war lange Zeit eine Mobiltelefonnummer angegeben, bei der die letzte Ziffer fehlte. Unter der nun (=Urteilszeitpunkt) vollständigen Nummer ist die Beklagte aber nicht zu erreichen.

Klagebegehren: Unterlassung und Urteilsveröffentlichung in der Kronen Zeitung
Konkret wird verlangt:

- Wesentliche Eigenschaften der Ware oder Dienstleistung sind zu beschreiben
- Preis einschließlich Steuern und Hinweis als Brutto-Preis anzuführen
- Tatsächliche Kontaktmöglichkeiten anzubieten
- Erklärungen über das Rücktrittsrecht zu geben
- Keine Behauptung eines Gratiszugangs, obwohl dies nicht zutrifft

Privater Programm-Vertrieb

Eine Person programmiert selbständig in ihrer Freizeit ein Programm mit ähnlichem Funktionsumfang wie ein anderes kommerzielles Produkt und möchte dieses nun über das Internet verkaufen. Dieses Programm kann durch die Käufer selbst mit Zusatzmodulen Dritter erweitert werden. Zum Verkaufszweck benötigt er eine Webseite zur Werbung und Kontaktaufnahme mit den Kunden bzw. Interessenten.

Auf dieser Webseite sind folgende Elemente enthalten:

- Screenshots von seinem Programm und von dem des Vorbild-Programms zum Vergleich
- Links zu den Webseiten von Anbietern ausgewählter Erweiterungs-Module sowie direkte Links für den Download dieser Module (auf dem Server des jeweiligen Anbieters)
- Ein von einem Profi-Fotografen für Zwecke des Anbietens an Modell-Agenturen hergestelltes Foto von dem Autor selbst
- Ein lustiges Werbebanner einer anderen Webseite, in welchem der Firmenname durch den eigenen Namen ersetzt wurde

Aufgabenstellung:

1. Untersuchen Sie die angeführten Elemente auf ihre urheberrechtliche Unbedenklichkeit hin sowie in Hinsicht auf unlauteren Wettbewerb
2. Ein Vertreiber (nicht der Hersteller!) des Vorbild-Programms nimmt Kontakt mit dem Webhoster der Seite auf, wegen angeblicher Verletzungen. Was exakt hat der Webhoster zu unternehmen?
3. Erstellen Sie ein vollständiges Web-Impressum, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Verkauf des Programms Privat erfolgt, d.h. als "Nebentätigkeit" unabhängig von einer derzeit bestehenden hauptberuflichen Anstellung und nur sehr geringen Umfang besitzt (unter € 1.000,- pro Jahr).

Web-Impressum erstellen

Erstellen Sie ein Web-Impressum für folgende Firma (erfinden Sie jeweils die erforderlichen konkreten Daten!): Ein Versandhandelsunternehmen, welches seine Waren im Internet anbietet. Skizzieren Sie auch eine Produkt-Seite mit den erforderlichen Informationen.